

In den Kreml via Grosnyj: Putins Krieg in Tschetschenien

von Christoph Zürcher, Berlin

Manchmal wiederholt sich Geschichte doch – und nicht immer als Farce. Der erste „kleine siegreiche“ Krieg Russlands in Tschetschenien (11. Dezember 1994 – 25. August 1996) hat etwa 50.000 Zivilisten, 5.000 russischen Soldaten und einer bislang unbekannt Anzahl tschetschenischer Kämpfer das Leben gekostet.¹ Offizielle Begründung für das russische Vorgehen war damals die Wiederherstellung der Einheit der Russländischen Föderation als Reaktion auf die einseitige Unabhängigkeitserklärung Tschetscheniens und die Bekämpfung der ausufernden Kriminalität. Analytiker sind sich aber einig, dass der Krieg in erster Linie eine Folge von wahltaktischen Überlegungen des angeschlagenen Präsidenten Jelzins und ein Resultat einer unkoordinierten, untersteuerten *ad-hoc*-Politik Russlands gegenüber dem Nordkaukasus war.

Der erste Krieg war ein Desaster – Russland hatte von seinen militärischen und politischen Zielen kein einziges erreicht, die menschlichen Kosten waren horrend, und die tschetschenische Gesellschaft wurde durch diesen Krieg – trotz des militärischen Triumphes gegen die russische Übermacht – in Anomie und Chaos gestürzt.

Es ist schwer zu glauben, dass ein Staat aus solchen Fehlern nicht lernt. Seit Sommer 1999 jedoch wiederholt sich die Geschichte. Der zweite Tschetschenienkrieg – Putins Krieg – ist ein geplanter und vorsätzlicher Krieg, welcher dem taktischen, innenpolitischen Kalkül eines kleinen Kreises von Mächtigen im Kreml entsprungen ist, von einer auf Revanche bedachten Generalität ausgeführt wird und wohl mit der Inthronisierung eines farblosen Berufsspions als Russlands zweitem Präsidenten enden wird.

Wie kam es zu diesem Krieg?

Im August 1999 fielen tschetschenische islamistische Kämpfer in die Nachbarrepublik Dagestan ein mit dem Ziel, Dagestan zu „befreien“ und mit Tschetschenien zu einer islamischen Republik zu vereinigen. Die tschetschenischen Islamisten stießen auf erbitterten Widerstand der lokalen Bevölkerung Dagestans. Die russische Armee eilte der dagestanischen Bevölkerung zu Hilfe und trieb nach etlichen Mühen die Islamisten nach Tschetschenien zurück. Dieser Feldzug stieß in Dagestan und in Russland auf massive Zustimmung. Und in der Tat – wann hatte die russische Armee denn das letzte Mal eine legitime, erfolgreiche und bei der lokalen Bevölkerung willkommene Befreiungsaktion durchgeführt? Nur: Diese legitime und populäre Befreiungsaktion weitete sich schnell und schleichend zu einem *full-scale-war* gegen Tschetschenien aus. Auf einen massiven Truppenzusammenzug an den Grenzen zu Tschetschenien folgten Luft-

schläge gegen Ziele im Land, dann Artilleriebeschuss und schließlich der Einmarsch. Bis zuletzt wurden Vorbereitungen zum Krieg von russischen führenden Politikern mit einem rituellen „Es wird keinen Krieg geben“ begleitet. Seit Oktober sind ca. 100.000 russische Soldaten mit massiver Unterstützung durch Artillerie und Luftwaffe mit der Rückeroberung Tschetscheniens beschäftigt. Mittlerweile gibt es wenig Zweifel, dass dieser Krieg seit Frühsommer geplant worden war und die russische Armee lediglich das Momentum einer erfolgreichen und populären Aktion in Dagestan genutzt hatte, um ihren Krieg nach Tschetschenien zu tragen. Die Welle der russischen Kriegsbegeisterung spülte den weitgehend unbekannt Vladimir Putin, der am 8. August Stepašin als Premier abgelöst hatte, ans Licht der Öffentlichkeit und auf ein erstaunliches Popularitätshoch.

Offiziell wurde der Krieg als Polizeiaktion gegen Banditen und Terroristen legitimiert. Tschetschenien war seit dem Ende des ersten Kriegs in der Tat zu einem schwarzen Loch der Bandenkriminalität geworden. Die endgültige Legitimierung für ihren Krieg fand die russische Führung aber in einer Serie von Bombenattentaten auf Wohnhäuser in Dagestan, Südrussland und Moskau, welche über 300 Menschenleben gefordert hat. Bis heute gibt es allerdings keinen schlüssigen Beweis für eine tschetschenische Täterschaft, ebensowenig liegt ein Bekennerschreiben vor. Gerüchte, wonach die Bomben „vom Kreml“ gelegt worden seien, sind nicht von der Hand zu weisen, auch wenn es dafür ebenfalls keine Beweise gibt, nur drei gute Argumente: 1) Die Bomben haben dem Kreml und insbesondere Putin genützt, den Tschetschenen aber nur geschadet. 2) Keiner der führenden Feldkommandanten hat dafür Verantwortung übernommen; diese Art des Terrors gegen die Zivilbevölkerung gehörte bislang nicht ins Repertoire der tschetschenischen Kämpfer. 3) Seit Beginn der russischen Offensive gibt es keine Anschläge mehr.

Russische Ziele

Lassen sich in diesem Krieg politische Ziele erkennen – solche, die über die innenpolitisch nützliche Positionierung Putins als „Durchgreifer“ hinausgehen? Kaum. Der Widerstand soll militärisch beseitigt werden – dies wird, wenn überhaupt, nur im flachen Teil Tschetscheniens gelingen, nicht aber in den Bergen. Die Einheit der Russländischen Föderation soll wiederhergestellt werden. Wie denn? Tschetschenien verfügt über einen gewählten Präsidenten. Eine Festlegung des Status Tschetscheniens (was gemäß dem Abkommen von Chasavjurt bis 2001 geschehen soll) ohne dessen Mitwirken wird immer ein Un-Rechtslösung bleiben. Alle Versuche, eine neue, moskautreue tschetschenische Führung einzusetzen, sind bis-

her gescheitert. Weder der tschetschenische Lottokönig Malik Saidullaev, ein 35-jähriger *biznesmen* noch der wegen Korruption verurteilte und dann begnadigte Ruslan Gantemirov, welche beide von Russland für die Rolle des guten Tschetschenen präpariert worden waren, hatten irgendwelche Aussicht auf Akzeptanz bei der Mehrheit der Tschetschenen.

Was also kann Russland realistischerweise erwarten, wenn es seinen Krieg fortsetzt? Eine halbwegs „befriedete“ Zone im Norden Tschetscheniens, mit einer moskau-treuen Marionettenregierung. Ein Niemandland im gebirgigen Süden Tschetscheniens, wo tschetschenische Guerilleros den russischen Soldaten einen Partisanenkrieg liefern werden, den keine Seite gewinnen kann. Ein politisches Problem, das nur politisch gelöst werden kann. Und einen Unruheherd, der langfristig die Stabilität der ganzen Region gefährden kann.

Unterdessen geht der Krieg weiter, und die Opferzahlen wachsen, im Gleichschritt mit der Popularitätskurve Putins. Nach offiziellen russischen Angaben sind bislang über 1.000 Soldaten gefallen, über 3.000 verletzt worden. Erfahrungen aus dem letzten Krieg haben gezeigt, dass man diese Zahlen etwa verdreifachen muss, um realistische Angaben zu erhalten. Verlässliche Angaben über Opfer unter der Zivilbevölkerung gibt es keine, ebenso wenig wie über die Verluste der Rebellen. Etwa 180.000 Menschen sind nach Inguschetien geflohen, etwa 3.000 nach Georgien; in Tschetschenien sind ca. 100.000 auf der Flucht.

Verletzung internationaler und bilateraler Normen, Konventionen und Verträge

Die russische Militäroperation verstößt gegen:

- den CFE-Vertrag (*Conventional Forces in Europe*), welcher eine Obergrenze für militärische *hardware* in bestimmten Sektoren festlegt;
- das Friedensabkommen zwischen Russland und Tschetschenien vom 12. Mai 1997³.

Auch wenn die Informationslage schwierig ist, so lässt sich doch mit größter Wahrscheinlichkeit annehmen, dass die russische Militäroperation systematisch verstößt gegen:

- den OSZE *Code of Conduct*, der für interne Konflikte das Verhalten gegenüber Zivilisten regeln soll;
- die Genfer Menschenrechtskonvention von 1948 und das Zusatzprotokoll II von 1977, das den Schutz von Nicht-Kombattanten in internen Konflikten regelt;
- internationale Regelungen, welche den Einsatz bestimmter Waffensysteme in Gebieten mit Zivilbevölkerung untersagen. Die russische Armee hat wiederholt Raketen mit sogenannten *Fuel-Air-Explosive*-Sprengköpfen eingesetzt (in der russischen Presse wird dieses System als Vakuum-Bombe bezeichnet). *Fuel-Air-Explosives* verströmen ein explosives Gas-Gemisch, welches in Bodennähe gezündet wird und durch Feuer, Druckwellen und nachfolgendes Vakuum eine zerstörerischen Wirkung entfaltet.

Der Schatten des Krieges in der russischen Politik

Die Spuren, die der Krieg in der russischen politischen Landschaft hinterlässt, sind nicht zu übersehen – und einiges stimmt nachdenklich:

Im Unterschied zum ersten Tschetschenienkrieg findet der zweite Krieg (bislang noch) die breite Zustimmung von Öffentlichkeit, Medien und politischen Eliten. Der Krieg überbrückt die sonst tiefen Gräben zwischen Politikern und Bevölkerung; er bekämpft die imperialen Entzugserscheinungen; er kompensiert die virtuelle Niederlage gegen die NATO im Kosovo-Konflikt; er simuliert erfolgreiches und entschlossenes Handeln. Und er kompensiert für die enttäuschte Liebe zum Westen und seinen Werten. Dies alles ist verständlich. Aber nicht gut.

Das Rating von Premier Putin, der sich vor allem über diesen Krieg profiliert hat, explodierte. Wenn Putin Präsident werden sollte – und danach sieht es aus –, dann wird er seine Präsidentschaft zu einem großen Teil diesem Krieg zu verdanken haben.

Der staatliche Zugriff auf die Medien wurde massiv und erfolgreich verstärkt. Der russische Staat führt auch den Propagandakrieg im eigenen Land sehr erfolgreich. Die Freiheit der Medien ist nicht mehr gewährleistet.

Tschetschenien, der Westen und das Kosovo-Syndrom

Der Diskurs über die kommende monopolare Weltordnung, die von der NATO unter Missachtung des Völkerrechtes souveränen Staaten aufgezwungen werde, ist in der RF omnipräsent. In diesem Diskurs treffen sich politische Klasse, Öffentlichkeit und Medien in seltener Einigkeit, und daraus resultiert die politische Wirkungsmacht des Kosovo-Syndroms, das sich in Russland jetzt bemerkbar macht. Der Schatten Kosovos liegt auch über dem zweiten Tschetschenienkrieg. Jede verbale Einmischung des Westens wird mit einem Hinweis auf das westliche Vorgehen gegen Jugoslawien vehement zurückgewiesen und als Doppelmoral und Heuchelei gebrandmarkt. Gleichzeitig ist unverkennbar, dass die russische Armee bemüht ist, die NATO zu kopieren. Es ist viel die Rede von Präzisions-Schlägen und von überlegener Waffentechnologie – ein Hohn angesichts der zahlreichen zivilen Opfer und des Ausmaßes der Zerstörung an ziviler Infrastruktur. In den Medien werden die eingesetzten Waffensysteme derart detailliert besprochen und deren Leistungsfähigkeit mit derjenigen der NATO-Waffen verglichen, dass man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, hier werde auch in kompensatorischer Absicht jener Krieg gegen die NATO, den Russland im März androhte, virtuell doch noch geführt. Westlicher Einfluss auf russische (zumal Innen-) Politik war immer gering. Das Kosovo-Syndrom hat Russland nun weiter immunisiert gegenüber westlichen Einwirkungsversuchen.

Das Ost-West-Verhältnis hat einen neuen Tiefpunkt erreicht. Russisches Schmollen und amerikanische Arro-

ganz haben zu konkreten faktischen Belastungen der Ost-West-Beziehungen, besonders im Bereich der Rüstungskontrolle, geführt. Dazu gehören:

- die auf Dauer gestellte Blockierung des START II- und START III- Prozesses;
- die Suspendierung des ständigen gemeinsamen Rates (des Kooperationsbüros der NATO und Russland) seitens Russlands;
- die Nicht-Ratifizierung des Atomteststopp-Vertrages (CTBT – *Comprehensive Test Ban Treaty*) durch den amerikanischen Senat am 14. Oktober 1999;
- die offene Unwilligkeit Washingtons, sich an den ABM-Vertrag (*Anti-Ballistic Missile Treaty*) von 1972 zu halten.

Einflussnahme westlicher Politik?

Die Möglichkeiten zur Einflussnahme westlicher Politik sind sehr gering; noch geringer ist der Wille dazu. Sie könnte, wenn man sie denn wollte, nur gelingen, wenn Europa und Amerika mit einer Stimme sprechen, sich auf eine konsistente Politik einigen und die wenigen funktionierenden „Schnittstellen“ zwischen Russland und dem Westen gezielt ansprechen. Welche könnten das sein?

(Tschetschenien-)Politik in Russland wird von einer relativ kleinen, fragmentierten Elite gemacht, die in erster Linie in Stellungskämpfen für die kommenden Wahlen engagiert ist. Mitglieder dieser Eliten sind sowohl aus persönlichen wie auch aus politischen Gründen prinzipiell interessiert an Zugang 1) zu internationalen Krediten und Finanzmärkten sowie 2) zu Absatzmärkten für russische Rohstoffe. Daraus ergeben sich folgende Möglichkeiten, den Tschetschenienkonflikt mit anderen *issues* zu verknüpfen:

Denkbar wäre ein *linkage* von Tschetschenienpolitik

- mit Wahlkampf: Jedem potentiellen Präsidentschaftskandidaten sollte klar gemacht werden, dass der Westen Kandidaten, die eine politische Lösung des Tschetschenien-Konflikts nicht betreiben, weder materiell noch symbolisch unterstützen wird;
- mit IWF-Krediten oder Krediten anderer institutioneller Geldgeber (EBRD; EU-Programme);
- mit der Suspendierung der RF in relevanten internationalen Foren, vor allem G-8, in Zukunft WTO;
- mit der Suspendierung von Russland im Europarat (was Russland nicht schmerzen würde, aber zumindest diesem Gremium einen Rest von Glaubwürdigkeit bewahren könnte);

Welches könnten die Ziele einer westlichen Tschetschenienpolitik sein:

Kurzfristig sollten erreicht werden:

- ein direkter Zugang für internationale *relief-organizations* zu den Flüchtlingen in Inguschetien;

- die Öffnung eines Korridors für Flüchtlinge nach Inguschetien;
- die Verhinderung der berüchtigten Filtrationslager („Durchgangslager“, geführt vom russischen Innenministerium, wo Zivilisten von Kämpfern getrennt werden sollen);
- Zugang für internationale Organisationen nach Tschetschenien (OSZE, UNHCR);
- Medienpräsenz.

Mittelfristig sollten erreicht werden:

Die Aufnahme von Verhandlungen zwischen Russland und Maschadov. Dazu ist es dringend notwendig, Maschadov als Verhandlungspartner aufzubauen, zum Beispiel durch Transfer von symbolischen Ressourcen (Einladung als Beobachter auf internationale Foren wie OSZE-Gipfel, Europarat; informelle, aber publik gemachte Kontakte mit westlichen Politikern, Hilfezusagen für den Wiederaufbau). Maschadov ist trotz seines sehr begrenzten Einflusses in Tschetschenien der einzige Ansprechpartner.

Konturen einer politischen Lösung:

- Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen sollten unmittelbar mit Verhandlungen über eine politische Lösung verknüpft werden.
- Ausgangspunkt sollte das Friedensabkommen vom Mai 1997 sein.⁴
- Unter den gegebenen Umständen kann die volle Unabhängigkeit kein politisches Ziel sein. Ziel sollte deshalb eine substantielle Autonomie sein mit Garantien für beide Seiten.
- Auch legitime russische Interessen sollten berücksichtigt werden, in erster Linie das Austrocknen des Gewaltmarktes in Tschetschenien. Dazu gehören:
 - funktionierende Grenzkontrollen;
 - Zusammenarbeit in der Verbrechensbekämpfung;
 - Distanzierung des offiziellen Grosnyj von Feldkommandanten, die in den Feldzug nach Dagestan involviert waren.
- Hilfezusagen des Westens beim Aufbau einer zivilen Verwaltung (auch hier: Modell Kosovo).

Langfristig – braucht es eine neue Russland-Politik?

Prinzipiell sind (1) die Einflussmöglichkeiten westlicher Politik auf den Wandel in Russland sehr beschränkt und (2) die zahlreichen Versuche, Russland in westliche Institutionen „einzubinden“, in der Substanz gescheitert. Dennoch sollte westliche Russlandpolitik beide Ziele weiterverfolgen. Im Grunde geht es um den Transfer und die Durchsetzung von Normen. Beides kann nur gelingen, wenn westliche Politik sich an folgende vier Grundsätze hält:

- Unparteilichkeit, Vermeidung von doppelten Standards;

- Schaffung von Prozeduren mit bindenden Entscheidungen;
- Verletzungen von bindenden Entscheidungen sollten sanktioniert werden, deshalb:
- Vermeidung von normativen Entscheidungen, welche nicht implementiert oder sanktioniert werden können.

Jenseits des Grundsätzlichen könnte westliche Politik zum Beispiel folgendes tun:

Das Argument, dass eine „härtere“ Politik gegenüber Russland dort „schlechten“ Politikern Rückenwind verschaffen würde (die •irinovskij/Sjuganov-Drohung), ist nicht haltbar. Die jetzige Elite unterscheidet sich in ihrer antiwestlichen Rhetorik in nichts von der nationalistischen/kommunistischen Opposition. Deshalb sollte dieses Argument aus dem politischen Vokabular westlicher Politiker entfernt werden.

Die Zweckmäßigkeit von Kreditvergaben an Moskau ist zu überprüfen. In jedem Fall sollten Kreditvergabe und Beachtung von internationalen Normen und Verträgen verknüpft werden.

Das Projekt Freie Medien in Russland ist leider noch nicht abgeschlossen – Zusammenarbeit und Hilfe in diesem Sektor sollten verstärkt und dabei größeres Gewicht auf die Informationsverbreitung via Internet gelegt werden.

Der Kaukasus wird eine instabile Region bleiben. Der tschetschenische Krisenherd könnte sich auf Nachbarregionen (Inguschetien, Dagestan) und auf Georgien – das bislang stabilste Land in Transkaukasien – ausbrei-

ten. Die russische Politik im Kaukasus sowie die allgemeine Verschlechterung der West-Ost-Beziehungen erfordern, dass auch eine europäische Politik gegenüber diesen Regionen formuliert wird. Anstatt nur Russland „einbinden“ zu wollen, könnten solche Regionen und regionale Politiker in West-Ost-Dialoge einbezogen werden, die lokale und regionale Stabilität bewahren oder fördern.

Dr. Christoph Zürcher ist Wiss. Mitarbeiter am Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

¹ Diese Zahlen beruhen auf Angaben der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial und sind nach Einschätzung des Autors zuverlässiger als Angaben offizieller tschetschenischer oder russischer Behörden.

² Vgl. dazu die Bemerkungen von Ex-Premier und Putin-Vorgänger S. V. Stepašin in Nezavisimaja Gazeta vom 14. 1. 2000.

³ darin steht: 1) to relinquish forever the use of force and threats thereof in the settlement of any disputable issues; 2) to proceed in their relations from universally recognised international legal principles and norms, and interact in spheres determined by practical agreements; 3) The present Treaty shall provide the basis for the conclusion of further treaties and agreements on the entire range of mutual relations.“

Diesen Vertrag haben allerdings auch die Feldkommandanten Basaev und Khattab bei ihrem Angriff auf Dagestan verletzt, ohne dass sich Präsident Maschadov davon distanziert hätte.

⁴ Siehe Fn. 3.



Reiseagentur B R I S E N

Reiseagentur BRISEN – Visaservice

Reiseagentur **BRISEN** bietet Reisen nach Russland und ins Baltikum an.

Unproblematische und preiswerte Visabeschaffung für Russland

Wir freuen uns auf Sie.

Tel./Fax: (030) 818 35 45

Email: Yvon.van@t-online.de